

Stand: 20.04.2026 06:25:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/4994

"Traumata bei Kindern und Jugendlichen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/4994 vom 27.11.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/6203 des GP vom 03.12.2019
3. Beschluss des Plenums 18/6490 vom 11.02.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 40 vom 11.02.2020



Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker, Dr. Ute Eiling-Hütig, Klaus Holetschek, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Manuel Westphal** CSU,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Traumata bei Kindern und Jugendlichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die psychische Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen ist ein hohes Gut. Gerade wenn sie in jungen Jahren schlimme Erfahrungen machen mussten, weil sie selbst Gewalt erfuhr oder z. B. den Suizid oder Unfall eines Elternteils erlebten, brauchen sie eine besondere Behandlung. Die Prävention manifester psychischer Erkrankungen muss stärker in den Fokus rücken. Bislang gibt es auf Bundesebene keine Rechtsgrundlage für gezielte und planmäßige Präventionsanstrengungen in diesem Bereich.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

- § 20 Abs. 3 Sozialgesetzbuch (SGB) Fünftes Buch (V) um einen Punkt 9 wie folgt ergänzt wird: „manifeste psychiatrische Krankheitsbilder bei Kindern und Jugendlichen nach Traumata verhindern; Erkrankte ggf. auch mit deren familiärem Umfeld früh erkennen und behandeln.“,
- in § 20 Abs. 3 Nr. 6 SGB V das Wort „depressive“ durch „psychische“ (Erkrankungen) ersetzt wird.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, darauf zu achten, dass auch künftig Eltern und Geschwister von den Psychotherapeuten traumatisierter Kinder und Jugendlicher mitbehandelt werden können, soweit dies therapeutisch indiziert ist.

Begründung:

Kinder mit traumatischen Erfahrungen bedürfen einer besonderen Behandlung. Die Kinder sind nicht zwingend psychisch krank, sie haben nur etwas Schlimmes erlebt. Es droht bei einer Nichtbehandlung eine Erkrankung. Deshalb muss gerade in diesem Bereich der präventive Ansatz gestärkt werden und die Traumaprävention, die gleichzeitig eine Prävention von psychischen Erkrankungen als Spätfolge des Traumas ist, in das Gesetz „Primäre Prävention und Gesundheitsförderung“ (§ 20 SGB V) aufgenommen werden. Damit wird die Traumaprävention als Leistung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) anerkannt.

Gerade bei Kindern, die Krisensituationen erleben mussten, spielt zudem das direkte Umfeld, insbesondere die Familie, eine entscheidende Rolle. Nach der Reform des Psychotherapeutengesetzes wird es nur noch einen psychotherapeutischen Beruf mit Approbation geben. Grundlage hierfür ist ein Studium der Psychotherapie. Die Approbation berechtigt die Psychotherapeutin bzw. den Psychotherapeuten zur psychotherapeutischen Behandlung von Patienten aller Altersstufen. An das Studium schließt sich eine fachspezifische Weiterbildung an. Die Weiterbildung (als Voraussetzung für die Kassenzulassung) wird sich auf ein bestimmtes psychotherapeutisches Verfahren, aber auch auf die Behandlung bestimmter Altersgruppen beziehen. Es wird also auch künftig Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten geben, die sich auf die Behandlung von Kinder und Jugendlichen spezialisieren – und auch nur diese abrechnen dürfen. Gerade im Hinblick auf den Behandlungserfolg bei den Kindern und Jugendlichen müssen – wie nach geltendem Recht, so auch künftig – die Eltern und Geschwister von traumatisierten Kindern mitbehandelt werden dürfen, soweit dies therapeutisch indiziert ist.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

**Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel,
Barbara Becker u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 18/4994

Traumata bei Kindern und Jugendlichen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Bernhard Seidenath**
Mitberichterstatterin: **Kerstin Celina**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 23. Sitzung am 3. Dezember 2019 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Bernhard Seidenath
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker, Dr. Ute Eiling-Hütig, Klaus Holetschek, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Manuel Westphal CSU,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/4994, 18/6203

Traumata bei Kindern und Jugendlichen

Die psychische Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen ist ein hohes Gut. Gerade wenn sie in jungen Jahren schlimme Erfahrungen machen mussten, weil sie selbst Gewalt erlitten oder z. B. den Suizid oder Unfall eines Elternteils erlebten, brauchen sie eine besondere Behandlung. Die Prävention manifester psychischer Erkrankungen muss stärker in den Fokus rücken. Bisher gibt es auf Bundesebene keine Rechtsgrundlage für gezielte und planmäßige Präventionsanstrengungen in diesem Bereich.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

- § 20 Abs. 3 Sozialgesetzbuch (SGB) Fünftes Buch (V) um eine neue Nr. 9 wie folgt ergänzt wird:
„9. manifeste psychiatrische Krankheitsbilder bei Kindern und Jugendlichen nach Traumata verhindern; Erkrankte ggf. auch mit deren familiärem Umfeld früh erkennen und behandeln.“,
- in § 20 Abs. 3 Nr. 6 SGB V das Wort „depressive“ durch „psychische“ (Erkrankungen) ersetzt wird.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, darauf zu achten, dass auch künftig Eltern und Geschwister von den Psychotherapeuten traumatisierter Kinder und Jugendlicher mitbehandelt werden können, soweit dies therapeutisch indiziert ist.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 25 der Liste. Es ist dies der Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner und anderer (SPD) betreffend "Dramatischer Notstand der medizinischen Versorgung: Die Kinderstationen an Bayerns Krankenhäusern müssen gerettet werden! II" auf Drucksache 18/4993, der auf Wunsch der SPD-Fraktion gesondert beraten werden soll. Der Aufruf erfolgt zum Ende der heutigen Tagesordnung.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Das sind die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Damit übernimmt der Landtag die Voten.

3. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Pflegerische Angehörige entlasten III – Demenzzürfer auch in Bayern ermöglichen
Drs. 18/4312, 18/6195 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Hubert Faltermeier u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einführung von „Hochschul-Kompetenzzentren“ prüfen
Drs. 18/4473, 18/6068 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonnenland Bayern – Solarinitiative 2030 jetzt anpacken!
Drs. 18/4567, 18/6208 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Förderung des sozialen Wohnungsbaus und der Wohnbaugenossenschaften
Drs. 18/4580, 18/6179 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen fördern I –
Staatseigene Grundstücke für alternatives Wohnen
Drs. 18/4593, 18/6180 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen fördern II –
Förderung zum Ankauf von Genossenschaftsanteilen
Drs. 18/4594, 18/6181 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen fördern III –
Förderung von Gründungsgutachten für neue Genossenschaften
Drs. 18/4595, 18/6182 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen fördern IV –
Landesweite Beratung für gemeinschaftliches Wohnen
Drs. 18/4596, 18/5981 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Familienfreundliche Kunst und Kulturförderung II
Drs. 18/4603, 18/6066 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Pläne zum Umzug des Staatsarchivs nach Kitzingen neu überdenken
Drs. 18/4608, 18/6064 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Einrichtung einer Expertenkommission zur Verbesserung der Patientensicherheit in Bayern
Drs. 18/4695, 18/6196 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Festsetzung von MRSA-KISS als Standard und Veröffentlichung der Zahlen
Drs. 18/4701, 18/6197 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

